LEITARTIKEL

Merkels Muster

Was ist nur mit der Kanzlerin los? Hat sie den Halt verloren? Oder setzt sich da Altbekanntes fort?

Am Tag danach war die Kanzlerin, wie wir sie seit mehr als 15 Jahren kennen, wieder da. Die große Bitte um Verzeihung, das war dienstags. Mittwochs durften der Deutsche Bundestag und das ganze Land sich wieder an der vertrauten Angela Merkel erfreuen. Oder über sie erschrecken: Im Kontrast zu den schweren Verwundungen einer infizierten Gesellschaft wird so deutlich wie nie, warum diesem Land der Schwung und die Lust an der Vorwärtsbewegung fehlt.

„Es gehört zu den Wahrheiten, dass diese Pandemie uns auch gezeigt hat, was wir schonungslos sozusagen analysieren müssen, wo unsere Schwächen liegen“, das war am Mittwoch im Bundestag so ziemlich das höchste der Gefühle an Fehleranalyse. Und, ein Merkel-Ohrwurm seit Jahren: „Es ist noch viel zu tun.“ Alles natürlich eingebettet in die frohe Botschaft von einer trotz allem irgendwie wohlsortierten Welt: „Bei allen Beschwerlichkeiten“ ist es doch „gut, dass wir die EU haben“.

Dass es bei der Kritik an Brüssel und nationalen Regierungen nicht darum geht, ob wir „die EU haben“ oder nicht, sondern um ihr konkretes Handeln, weiß die Kanzlerin natürlich genau. Aber ganz offensichtlich wollte sie in ihrer Regierungserklärung den Eindruck vermeiden, das Bekenntnis zum eigenen Versagen umfasse mehr als das eng begrenzte Thema der „Osterruhe“.

Ruhig bleiben, dosiert Selbstkritik üben, weitermachen: Wieder wird zum Ende der Merkel-Ära das Muster überdeutlich, das eigentlich schon seit 2005 zu erkennen war: Politik als stetiges Lavieren zwischen ideologischen Festlegungen, ökonomischen Interessen und öffentlicher Stimmung.

Dass die Regierung Merkel immer wieder nur reagiere, statt planvoll und mit Konzept zu handeln, ist in diesen Tagen häufig zu lesen, und es stimmt ja auch. Kein ausgereiftes Test- und Impfkonzept, mal mehr Lockdown und mal weniger, mal scharfe Einschränkungen nach Infektions- und mal Lockerungen nach Stimmungslage – dass spätestens im vergangenen Sommer diese Planlosigkeit ein Ende hätte haben müssen, hat sich inzwischen herumgesprochen.

Verwundern kann allerdings die Verwunderung, die weithin über dieses Wanken und Stolpern herrscht. Schon längst wäre zu erkennen gewesen, dass das planlose Handeln in der Pandemie nichts anderes darstellt als die Fortsetzung des Regierungsstils, der die gesamte Ära Merkel geprägt hat.

Ihre Strategie war es von Anfang an, den Menschen den Eindruck zu vermitteln, es könne im Großen und Ganzen alles so bleiben, wie es ist. Dass das Land gerade deshalb aktiv gestaltete Veränderung braucht, weil Passivität und Stillstand nur zu Rückschritt und Wohlstandverlust führen können, das war und ist Angela Merkels Botschaft nicht.

Das bedeutet keineswegs, dass die Kanzlerin, wie oft behauptet, von keiner Ideologie getrieben wäre. Ihr Handeln oder Nichthandeln folgte immer der Maxime, dass gut für das Land sei, was gut für „die Wirtschaft“ sei, also im Klartext: gut für Unternehmen und Branchen wie die Automobilindustrie – die allerdings gemeinsam mit „ihrer“ Kanzlerin viel zu lange glaubte, „gut“ wäre das Verschlafen des Eintritts in die post-fossile Ära. Obwohl sie damit nicht nur dem Klima schadete, sondern letztlich auch sich selbst.

Aus diesem Blickwinkel lässt sich der Merkelismus als zutiefst konservatives Politikmodell beschreiben. Das verständliche Bedürfnis der Menschen, in unruhigen Zeiten möglichst viel vom Gewohnten zu erhalten, verwandelte sie in Stimmen für eine Politik, die weitgehend blind blieb für eine aktive Gestaltung unausweichlicher Veränderungen.

Nur in Krisen gerieten die Regierungen der Dauer-Kanzlerin wirklich in Bewegung: Der viel zu späte Sinneswandel in Sachen Atomkraft, von Merkel als schmerzlicher Erkenntnisprozess nach der Katastrophe von Fukushima inszeniert, dürfte eher der nicht mehr ignorierbaren Ablehnung in der Bevölkerung geschuldet gewesen sein. Da musste dann eben doch Schluss sein mit den verlängerten Laufzeiten, die die Stromkonzerne in jeder Hinsicht zum Strahlen gebracht hatten. Das Pendel neigte sich von der Interessen- zur Stimmungspolitik. Für die Konzerne allerdings war selbst das noch verschmerzbar, sie wurden am Ende mit Milliardensummen entschädigt.

In der Pandemie mag der ideologische Aspekt der Wirtschaftsnähe nicht die entscheidende Rolle spielen. Aber der Versuch, mit einer Mischung aus reagierendem Krisenmanagement, gelegentlich strengen Ermahnungen und ansonsten besänftigender Weiter-so-Rhetorik durchzukommen, hat auch hier bisher das Handeln bestimmt.

Wer sich die Ära Merkel im Ganzen anschaut, muss spätestens jetzt den Glauben an die Geschichte von der großen politischen Gestalterin verlieren. Sie versucht in dieser Krise so zu handeln wie immer. Genau da liegt das Problem. Berichte S. 2/3,

Stephan Hebel

CORONA-KRISE

So nicht, Europa

Von Tim Szent-Ivanyi

Die EU hat bei der Impfstoffbeschaffung versagt. Die Europäer haben versucht, mit den USA und Großbritannien einen fairen Weg zu suchen. Als aber klar wurde, dass die beiden Staaten auf Impfnationalismus setzen, wären auch von der EU harte Bandagen nötig gewesen. Washington hat zudem nicht nur früher bestellt, sondern die Impfhersteller mit Geld überschüttet – gegen die Verpflichtung den Geldgeber bevorzugt zu beliefern.

In den USA sind mehr als 25 Prozent der Bevölkerung einmal geimpft, in Großbritannien 42 Prozent – in Deutschland aber erst zehn Prozent. Es wird schwer auszuhalten sein, Menschen in New York oder London wieder in den Cafes sitzen zu sehen.

Um von den Fehlern abzulenken, werden Exportbeschränkungen erlassen, die nach hinten losgehen können, weil die EU wegen der schlechten Vorbereitung bei der Impfstoffproduktion vom Ausland abhängig ist. Die EU kann es aber nicht einfach hinnehmen, dass Astrazeneca weniger Dosen liefert als versprochen. Es müssen auf diplomatischen Wegen Lösungen gefunden werden. Druck entsteht nur, wenn Europa Stärke demonstriert. Stattdessen zanken die EU-Staaten darüber, ob die Impfstofflieferungen nach dem Bevölkerungsschlüssel verteilt werden. Geht's noch Europa? Bericht S. 2/3

DEUTSCHE BAHN

Das Prinzip Hoffnung

Von Jan Sternberg

Die Bahn steckt in ihrer schwersten Krise seit der Reform in den 1990er Jahren. Corona ist nur ein Teil davon. Die Verluste für 2020 überraschen nicht. Und dass der Staatskonzern auch 2021 mit einem Minus abschließen wird, liegt nahe. Das eigentliche Problem des Bahnvorstands ist, dass kein wirklicher Plan für die Zeit nach der Corona-Krise existiert. Die Konzernlenker um Richard Lutz setzen auf ein sehr optimistisches Szenario.

Natürlich werden die Menschen wieder reisen wollen, so bald es geht. Natürlich werden auch Geschäftsleute auf persönliche Treffen setzen, wenn es sich anbietet. Aber die Privatreisenden haben im Corona-Jahr die Vorzüge des Auto-Urlaubs (wieder) kennengelernt, die Firmen sich auf Videokonferenzen eingestellt.

Die Bahn verfolgt also das Prinzip Hoffnung. Lutz' Satz „Wir sind der Impfstoff gegen den Klimawandel“ klingt stark, doch die Bahn gewinnt nicht mit Show, sondern mit Verlässlichkeit. Nicht mit Prestigeverbindungen, sondern mit Internet an Bord, pünktlichen Anschlüssen und einem planbaren Reiseweg von Tür zu Tür. Berichte S. 12/13

Dieses Dokument ist lizenziert für ZHH Zeitungsholding Hessen GmbH & Co. KG, un61334K.
Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau. Download vom 06.05.2021 00:11 von www.genios.de.